

# Post aus Berlin

Newsletter der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**

A red curved arrow pointing upwards and to the right, positioned below the "AfD" text.

# Hysterische Einschränkungen beenden

Die Bundesregierung will über die willkürlich ausgerufenen GESUNDHEITLICHEN Notlage HINAUS auch die HAUSHALTERISCHE ausrufen und als Rechtfertigung für nunmehr 315 Milliarden Euro Verschuldung nutzen.

Dies führt dazu, dass man in keiner Weise mehr kostenbewusst wirtschaften muss. Unter dem Vorwand von Corona kann man nun 2020 und '21 die beiden größten Haushalte der deutschen Geschichte beschließen. Und das OHNE JEDE Einsparung.

Auch OHNE neuen Lockdown, auf den ja etwa der bayerische Sonnenkönig Söder so scharf ist, sind bereits einige Branchen kurz vor dem Ruin.

Etwa der Tourismus, die Gastronomie, die Maschinenbauer, die Autoindustrie und deren Zulieferer! Die Luftfahrt ganz besonders: Lufthansa hat eben allen 700 Pilotenschülern empfohlen die Ausbildung abzubrechen, „weil es auf Jahre hinaus in Deutschland keinen Bedarf an neuen Piloten geben“ werde. DAS ist die Zukunft, wenn DIESE Regierung oder gar eine Schwarz-Grüne weitermachen!

Ab 2021 wird die Bundesanstalt für Arbeit gewaltige Zuschüsse für Kurzarbeiter und Arbeitslose brauchen – die drei Milliarden Euro im Haushaltsentwurf werden niemals ausreichen!

Große Summen gibt es in diesem Umfeld weiter-

hin für Weltbeglückung:

Mit Haushaltsmitteln finanziert werden etwa Projekte für gewaltfreie Schulen in afrikanischen Ländern. Das ist zwar durchaus angebracht – allerdings inzwischen in DEUTSCHLAND.

Man fördert in Arabien Projekte wie „Gender als Instrument der Analyse“ (von was auch immer) – und man kauft in Asien ernsthaft Waschmaschinen für Rollstühle, wenn man dort nicht gerade „grüne Bibliotheken“ errichtet oder in Peru den nachhaltigen Stadtverkehr fördert.

Die Corona-Krise wird BENUTZT! Zum einen, für den Umbau der Wirtschaft. Zum anderen für den Marsch in die illegale EUropäische Transferunion und zu weniger nationaler Souveränität.

Sogar die BILD schreibt inzwischen davon, dass mehr Menschen WEGEN der unwissenschaftlich ohne objektive Kriterien verfügbaren MAßNAHMEN sterben als am Virus! Bei Zehntausenden verschobenen OPERATIONEN ist das ohnehin völlig klar.

Die Kanzlerin meinte einen Monolog zur fürchterlichen Gefahr von CORONA halten zu müssen, während gleichzeitig ihre Politik SELBST die größte Gefahr für Deutschland darstellt. Nein, Frau Merkel: WIR schützen die „offene, freie Gesellschaft“ – NICHT SIE mit Ihren absurden Gängeleien!

## Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Vorsitzender

Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied

Haushaltsausschuss

Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@ [peter.boehringer@bundestag.de](mailto:peter.boehringer@bundestag.de)

 [/Peter.BoehringerCom/](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom/)

# Deutschland eine Zukunft geben!

## Wir bleiben die einzige Alternative

### Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag  
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses  
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

🐦 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

📘 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

🌐 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)

Wie sehr sich eine geradezu zynische Einstellung zur Politik unter den Altparteien breit gemacht hat, kann ich in Berlin immer wieder beobachten. Anfang Oktober wurde ich zu einer Gesprächsveranstaltung („Landwirtschaft im Dialog“) des Agrarfachmagazins „topagrar“ eingeladen. Auf dem Podium durfte ich mit Interesse dem Spitzenmann der Grünen Robert Habeck lauschen. In überheblicher Art und Weise trug der grüne Spitzenpolitiker seine überspannte Landwirtschaftspolemik in die Runde. Sätze wie „Politik ist Machtausübung als Beruf“ riefen Kopfschütteln hervor. Habecks Forderungen nach noch mehr „Nachhaltigkeit“ erhitzen die Gemüter. Unser Politikverständnis ist dem komplett entgegengesetzt: Wir glauben, daß die Abgeordneten für Ihre

Wähler und das Wohl Deutschlands arbeiten sollten und nicht zum persönlichen Machterhalt. Deutlich wurde auch der „Schmusekurs“ der Grünen mit der CDU/CSU sichtbar. Grüne Ideologie bedeutet Verbote, Bürokratie und wirtschaftlichen Niedergang. Für die Landwirtschaft heißt das: weitere Flächenstilllegungen, möglichst noch geringere Tierzahlen, Ausweitung des Ökolandbaus und ewig währende Klimahysterie. Ehemals konservative Medien und die CDU/CSU wollen dabei offenbar mitmachen. Die Bauern können weiterhin auf die einzige Stimme der Vernunft im Parlament, die AfD, zählen. Wir kämpfen für den Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und die Zukunft unserer Familienbetriebe.

# Kaffee für unsere Polizei

Liebe Mitstreiter,  
am 09. Oktober wurde in Berlin das sogenannte „anarcha-queer-feministische Hausbesetzerprojekt“ Liebig 34 durch 1.500 Polizisten geräumt. Am Vorabend der Räumung war ich vor Ort und möchte Euch nun meine Eindrücke schildern: Ein Abend im Spätherbst, es ist bereits dunkel, kalt und regnerisch. Mein Team und ich treffen gegen 19 Uhr am Frankfurter Tor ein. Die Szenerie an der ehemaligen sowjetischen Prachtstraße „Frankfurter Allee“ ist durch zuckendes Blaulicht erhellt. Mal rasen einzelne Wagen mit Martinshorn über die Kreuzung, mal fahren lange Kolonnen stumm an uns vorbei. Begrüßt werden wir von einer metrosexuell wirkenden Truppe pink gekleideter Trommler. Zwischen ihren immergleichen Einsätzen brüllen sie unverständliche Parolen in den Berliner Himmel. Begleitet werden sie von einer Hand voll Polizisten, deren Aufgabe darin besteht, darauf zu achten, dass die Stöcke auch wirklich nur zum Trommeln eingesetzt werden. Wir gehen ins nächstgelegene Kaffee und beladen uns mit Kaffee und Süßgebäck. Als wir an den Trommlern vorbeigehen, schaut man uns irritiert an. Noch irritierter ist der Blick des Einsatzleiters, als wir ihm den Proviant übergeben. Wir stellen uns kurz vor, weisen uns aus und machen glaubhaft, dass in den Bechern tatsächlich nur Kaffee ist. Man bedankt sich, man ist gerührt aber ebenso erstaunt. Offenkundig hätte man eine solche Geste nicht erwartet. Nicht von einem Abgeordneten und auch nicht unbedingt von der AfD. Traurig genug. Nachdem wir einige Runden gegangen

sind, müssen wir abbrechen und in einem kleinen vietnamesischen Restaurant Unterschlupf suchen. Auf Twitter kursiert bereits der Hinweis, dass wir vor Ort seien und man möge doch auf uns „achten“. Einige Zeit später machen wir uns nochmal auf und gehen direkt in die angrenzende Rigaer Straße, dort sehen wir den schwarzen Block beim Vorglühen in freudiger Erwartung auf die folgenden Randalen. Eine verlebte junge Frau läuft mit verfilzten Haaren herum und sammelt die leeren Flaschen ein. Es ist klar, dass es hierbei nicht um das Pfand geht. Bereits Tage im Vorfeld gab es Anschläge auf die Berliner S-Bahn, Tage danach sollen einzelne Straßenzüge in Flammen aufgehen, Schaufenster eingeschlagen und Polizisten verletzt werden. Tage danach bin ich froh, wieder in Bayern zu sein. Wer Berlin kennt, weiß den Rechtsstaat zu schätzen.



## Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag



[johannes.huber@bundestag.de](mailto:johannes.huber@bundestag.de)



[@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)



[/Johannes.Huber.AfD](https://www.facebook.com/Johannes.Huber.AfD)



## Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

 @Dr Rainer Kraft

 [www.rainer-kraft-mdb.de](http://www.rainer-kraft-mdb.de)

## Bürokratischer EU Wahnsinn in Form der SCIP

Ab dem 5. Januar tritt die sogenannte SCIP Datenbank der EU in Kraft. SCIP steht für Substances of Concern as such or in complex objects (Products). Ab diesem Datum sind diejenigen Unternehmen die Erzeugnisse einführen, herstellen oder liefern verpflichtet bei der europäischen Chemikalienagentur (ECHA) Daten bezüglich der Zusammensetzung Ihrer Produkte zu hinterlegen sofern diese bestimmte gefährliche Stoffe beinhalten. Um in der Liste genannt zu werden muß bei der Zusammensetzung ein Gewichtsschwellenwert, derzeit 0,1 Gewichtsprozent überschritten werden.

In der Praxis ist nun ein Hersteller, Importeur oder Lieferant verpflichtet für jedes separate Teil seines Produktes die oben genannten Angaben zu leisten. Im Falle einer komplexen Maschine also für hunderte bis tausende von Bauteilen. Zu Grunde liegt dabei nicht die chemische Gefährlichkeit des Bauteiles in Summe sondern allein der chemischen Komponente die einen signifikanten Massenanteil (>0,1 gew.%) des Teiles ausmacht. Zum Beispiel müsste für an sich harmlose Edelstahlschrauben die Angaben zu Chrom und Nickel, den

Legierungsbestandteilen gemacht werden.

Diese Meldepflicht stellt einen massiven bürokratischen Mehraufwand für die Hersteller, Importeure und Lieferanten von Produkten dar. Aufgrund der Ausweisung für jedes Bauteil sind Hersteller oder Inumlaufbringer großer Stückzahlen gegenüber spezialisierten Auftragsfertigern im Vorteil. Diese Änderung begünstigt daher wieder einmal größere Unternehmen gegenüber kleineren, auch deswegen da in großen Unternehmen der bürokratische Aufwand leichter kompensiert werden kann.

Für deutsche mittelständische Unternehmen stellt diese Neuerung eine signifikante Belastung der unternehmerischen Tätigkeit dar. Besonders der heimische Maschinenbau, schon durch die Krise im Automobilsektor unter Druck, wird durch zusätzliche rein bürokratische Maßnahmen belastet.

Die heimische, deutsche Wirtschaft hat wieder einmal keinen Fürsprecher in Brüssel daher ist ein Austritt Deutschlands aus der EU, zum Nutzen unserer Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit anzustreben.

# Bundestagsabgeordneter Hansjörg Müller warnt vor dem totalen Überwachungsstaat

Obwohl alle bekannten Fakten gegen Einschränkungen der Bürgerrechte und der Wirtschaft sprechen, eskaliert die Bundesregierung die Corona-Maßnahmen immer weiter. Mittlerweile bestehen massive Grundrechteeinschränkungen, die den Bundestagsabgeordneten Hansjörg Müller vor einem Überwachungsstaat warnen lassen.

Auf Grundlage des fragwürdigen PCR-Test werden Maßnahmen gegen Corona begründet. Tatsächlich hat der Test keine valide Aussagekraft. Lediglich die harte Zahl der Todesfälle kann Auskunft über die Gefährlichkeit der angeblichen Corona-Pandemie geben – und gerade bei dieser Zahl gibt es keinen Ausreißer im Vergleich zu den Vorjahren. Dennoch beschneidet die Bundesregierung nahezu täglich weitere Bürgerrechte. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Hansjörg Müller sieht sogar die Demokratie faktisch abgeschafft und durch eine Corona-Diktatur ersetzt.

Gerade das Infektionsschutzgesetz schafft wesentliche Grundrechte ab, so die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Versammlungsfreiheit sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Bund und Länder regieren in dem Zusammenhang per Notverordnungen an den Parlamenten vorbei. „Das sind Zustände wie in einer Diktatur. Als Bundestagsabgeordneter und überzeugter Demokrat muss ich auf die-

sen unhaltbaren Zustand aufmerksam machen. Bald können wir uns nicht mehr dagegen wehren, der Überwachungsstaat schläft nicht“, bezieht Müller Stellung.

Neben den Einschränkungen der Reisefreiheit, eklatanten Verstößen gegen datenschutzrechtliche Standards bei der Registrierungspflicht in Gaststätten sowie der gesundheitsschädlichen Maskenpflicht kritisiert Müller vor allem die Politik der Angst und Panikmache, die den Bürgern die Beschneidung der Freiheit wünschenswert erscheinen lassen soll. Staatliches Angstschüren und Masken als Unterwerfungssymbol erinnern an klassische Erziehungsmittel totalitärer Staaten, so Müller. In freiheitlichen Demokratien hingegen sollten in erster Linie die Fakten zählen – und die sagen in Sachen Corona ganz klar: Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten sind nicht gerechtfertigt.

Müllers Motivation, die Bürger vor staatlicher Repression im Zusammenhang mit Corona zu warnen, liegt darin, dass er sich von seinen Enkeln nicht die Frage stellen lassen will, die er als Schulbub seinen Großeltern gestellt hatte: „Warum habt Ihr 1933 nichts gegen die aufziehende Diktatur unternommen?“

<https://www.youtube.com/watch?v=s-yaIQAGo8>

## Hans-Jörg Müller, MdB Außenwirtschaftlicher Sprecher

Wahlkreis 225: Traunstein

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

✉ [hansjoerg.mueller@bundestag.de](mailto:hansjoerg.mueller@bundestag.de)

f /MdB.Mueller



## Gerold Otten, MdB

**Wahlkreis 221: München Land**

**Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**

**Ordentliches Mitglied:**

- Verteidigungsausschuss
- Gemeinsamer Ausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses

**Stellvertretendes Mitglied:**

- Haushaltsausschuss



[/GeroldOttenAfD](#)



[/gerold.otten](#)



[@gerold\\_otten](#)

**Web:** [www.gerold-otten.de](http://www.gerold-otten.de)

# Berateraffäre bei der Bundeswehr ohne Konsequenzen für Ursula von der Leyen

Nach 20 Monaten Arbeit in 40 Sitzungen, oft bis weit nach Mitternacht, wurde am 16. September der 700 Seiten umfassende Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zur „Berateraffäre“ im Bundesministerium der Verteidigung an den Bundestagspräsidenten, Dr. Wolfgang Schäuble, übergeben. Als Vertreter der AfD-Fraktion war ich bei dem Termin dabei.

Nach der Anhörung von 41 Zeugen und Sichtung von 4.720 Aktenordnern kommt das beispiellose System kollektiven Nichterinnerns und Wegdückens ans Licht. Bis in die Spitzenämter war keiner der Beteiligten bereit, Verantwortung für die rechtswidrige Vergabepaxis zu übernehmen.

Die Hauptverantwortliche, Ex-Ministerin Ursula von der Leyen, sieht trotz der erdrückenden Beweislage keine persönliche und politische Verantwortung für das, was sich in dem von ihr geleiteten Ministerium unter der ehemaligen Rüstungsstaatssekretärin und ihrer Duz-Freundin, Katrin Suder, über mehrere Jahre abgespielt hat. Suder, einstige Top-Managerin bei McKinsey, hatte das System durchschaut und wusste offensichtlich ihre persönlichen Beziehungen zur Einflussnahme auf millionenschwere Vergabeentscheidungen zu nutzen.

Weil die Regierungsfaktionen und insbesondere die CDU/CSU zwar das Ausmaß der Rechtsbrüche klar erkannt, jedoch zur Schonung von der Leyens daraus keine Schlüsse gezogen und nur

eine Gefälligkeitsbewertung abgegeben haben, kommt dem Minderheitenvotum der AfD-Fraktion besondere Bedeutung zu.

Wir zeigen darin auf, in welchem Maße im Bundesministerium der Verteidigung ein Wertewandel eingesetzt hatte, der die Vermischung von privaten und beruflichen Beziehungen für viele an der Vergabe Beteiligte als völlig akzeptabel erscheinen ließ, verbunden mit einem Tiefpunkt an Menschenführung. Für die AfD-Fraktion steht fest, dass Frau von der Leyen vor dem Kontrollverlust im Ministerium und der offensichtlichen Vetternwirtschaft die Augen verschlossen hat und, anstatt für das Versagen zurückzutreten, noch mit dem Posten der EU-Kommissionspräsidentin belohnt wurde.

Was von der Ära „von der Leyen“ bleibt ist ein geschätzter materieller Schaden in Höhe von mehreren Millionen Euro zum Nachteil des deutschen Steuerzahlers und ein irreparabler Imageverlust für die Bundeswehr. Keine der angekündigten „Trendwenden“ wurde erreicht, Rüstung und Beschaffung stehen nach der Amtszeit von der Leyens schlechter da als zu Beginn. Der Versuch, die komplexen Aufgaben der Bundeswehr durch privatwirtschaftliche Berater zu steuern, ist grandios gescheitert.

Die Bundeswehr und Deutschlands Verteidigungsfähigkeit wurde dadurch nachhaltig beschädigt.

# Weitere Notverordnungs- ermächtigung für die Bundesregierung

Nachdem man das schwedische Modell bei dem Umgang mit dem Covid19-Virus in den Wind geschrieben hatte, war der Weg frei für die erste Lockdown-Krise unserer Wirtschaft. Schon damals gab es ebenfalls Beschränkungen für öffentliche Veranstaltungen, die nach meiner Auffassung ein verfassungsgemäßes (Oppositions-)Parteilieben bereits unzulässig beschnitten. Parteitage sind nun einmal in Präsenz durchzuführen. Das ist das Recht eines jeden Mitglieds und einer jeden Gliederung. Das „Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes [...] zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie“ war klammheimlich auf eine wirkliche Ermächtigung des Innenministeriums ausgelegt. Ohne Zustimmung des Bundestages, bei lediglich (nach Regierungsmehrheit besetztem) 9-köpfigem Abnicken durch den Wahlprüfungsausschuss, dass durch ein „Ereignis höherer Gewalt“ eine Abhaltung von Wahlversammlungen nicht möglich sei.

Nachdem auch die anderen Oppositionsparteien neben der AfD über den Sommer bemerkt hatten, was dies bedeuten würde, kam eine Überarbeitung des Gesetzes zur Abstimmung. Dass die AfD-Fraktion am 09. Oktober namentlich abstimmen ließ, dürfte weiter Druck aufgebaut haben. Nun muss der Bundestag dieses „Ereignis höherer Gewalt“ feststellen. Sofern die Regierungsmehrheiten (und Schein-Opposition) jedoch stehen, kann dennoch Folgendes passieren:

Eine untergesetzliche Regelung in Form einer bloßen Rechtsverordnung kann bis hin zum Bundeswahlgesetz alle Regelungen zur Kandidatenaufstellung abändern. Also natürlich auch Satzungsregelungen von Parteien außer Kraft setzen. Es können diffuse und verfassungsrechtlich kaum zu haltende Mischsituationen von elektronischer Abstimmung, Video-Schalte, Wahlvorschlägen und Vorabstimmungen per Email oder Brief festgelegt werden. Vor einer wie auch immer zu definierenden Endabstimmung ohne Präsenz scheint man selbst noch zurückzuschrecken. Hier werden frei wählbare Delegiertenschlüssel ins Auge gefasst, bzw. sind in der weiten Definition des Gesetzes angelegt. Ebenfalls wird über Videoübertragungen aus mehreren Hallen nachgedacht. Dies alles dürfte den Rechtsweg gegen die herkömmlichen Corona-Regelungen, welche Parteitage einschränken, seitens der AfD erheblich erschweren. Denn mit dem Hinweis auf „zur Not geltende Abweichungen“, könnte die Schutzbedürftigkeit verneint werden. Gleichzeitig sind Wahlen aufgrund dieses Wirrwarrs leicht anfechtbar. Dass diese Notstandsverordnungen ohnehin sicherlich nicht AfD-freundlich ausfallen dürften, kann man sich denken. Denn nicht nur die Regierungsparteien werden früher aufstellen und danach der einzigen echten Opposition fleißig Knüppel zwischen die Beine werfen. Dieses Gesetz muss für verfassungswidrig erklärt werden!

## Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- **Stellv. Vorsitzender**
  - Unterausschuss Europarecht
- **Ordentliches Mitglied**
  - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
  - Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

/tobiasmpeterka

/tobiaspeterka



**Stephan Protschka, MdB**

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Natur-  
schutz und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aus-  
siedler und Deutsche Minderheiten
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ Protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

**Die neue Pandemie:**

## **Afrikanische Schweinepest auf dem Vormarsch**

Eine Pest jagt die nächste. Nach dem Coronavirus hat nun die nächste Pandemie Deutschland erreicht. Die Wenigsten von Ihnen haben wahrscheinlich davon gehört. Es ist die Afrikanische Schweinepest. Seit zwei Jahren droht sie aus Polen zu uns herüber zu schwappen. Zwei Jahre Zeit für die Regierung Maßnahmen zu treffen, damit die Bauern nicht hart getroffen werden. Zwei wertvolle Jahre, sich vorzubereiten. Sie ahnen es: Die Bundesregierung tat nichts. Nun haben wir plötzlich einen ASP-Fall nach dem anderen und die Regierung tut so, als ob sie plötzlich überrascht worden wäre.

Die Auswirkungen sind fatal: Der Weltmarkt bekam keine ausreichenden Informationen über Schweinepestgebiete, was dazu führte, dass man Deutschland insgesamt als Seuchengebiet auswies. China, der größte Abnehmer für Schweinefleisch, stoppte somit alle Importe aus Deutschland. Der deutsche Schweinemarkt brach ein.

Dabei hätte die Bundesregierung dies im Vorfeld vermeiden können. Durch Zäune zu Polen, oder

aber auch Eingrenzungen im Bundesgebiet wäre eine Ausbreitung leicht einzudämmen. Dadurch ließen sich ASP-freie Zonen deklarieren, die weiterhin exportieren könnten.

Allerdings würde die Bundesregierung ausnahmsweise vorausschauend und zugunsten der Landwirte handeln. Dies ist aber üblicherweise der Fall und zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Legislaturperiode.

Einen weiteren skandalträchtigen Vorgang deckte eines meiner Kleinen Anfragen auf. Die Landwirtschaftsministerin Klöckner gibt viel Geld für ihr gutes Gesicht nach Außen aus. So betreiben allein 8 Mitarbeiter ihre Social Media Accounts und sie gibt weitere 100.000€ jährlich für die Inhalte von Instagram aus. Ob das im Sinne der Landwirte ist, die weiterhin jeden Tag ums nackte Überleben kämpfen? Unter meiner Führung des Arbeitskreises „Ernährung und Landwirtschaft“ werden wir weiterhin für die Belange der Bauern eintreten und die korrupten Machenschaften der Regierungen aufdecken!



**Martin Sichert, MdB**

**Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord**

**Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**

**Ordentliches Mitglied:**

- **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

 /sichertmartin

 /UCsvkQ3N29K0hqsO1OPD1ioA

 /martinsichert

 /Martin\_Sichert

 t.me/martinsichertinfo

 martin.sichert@bundestag.de

# Ausländer strapazieren zunehmend die Sozialkassen – Antwort der Bundesregierung zeigt fatale Entwicklung

Ausländer strapazieren zunehmend die deutschen Sozialkassen – dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (BT-Drs.: 19/22463) auf eine kleine Anfrage von MdB Martin Sichert hervor. Martin Sichert zu den Gründen dieser fatalen Entwicklung:

„Wie aus der Antwort der Bundesregierung ersichtlich ist, arbeiten immer mehr Ausländer als Geringverdiener in prekären Arbeitsverhältnissen und sind auf zusätzliche finanzielle Alimentierung durchs Amt angewiesen. Diese Entwicklung zeigt, dass Armutszuwanderung das deutsche Sozialsystem zunehmend aushöhlt. Statt Fachkräften kommen viele ausländische Arbeitskräfte ohne oder mit nur sehr geringer Qualifikation, die sich im hoch spezialisierten Arbeitsmarkt in Deutschland nur für Hilfstätigkeiten eignen.“

Knapp 40% derjenigen, deren Gehalt durch Sozialleistungen aufgestockt wird, sind inzwischen Ausländer. Damit hat sich deren Anteil seit 2007 mehr als verdoppelt. Bei den deutschen Geringverdienern sank die Zahl der Aufstocker um 40%, während die Zahl der Aufstocker bei ausländischen Geringverdienern um 61% stieg. Überdies hat sich die Zahl der Ausländer, die Hartz-4 bezie-

hen, zwischen 2007 und 2018 verdoppelt.

Diese Entwicklung zeigt, dass Armutszuwanderung das deutsche Sozialsystem aushöhlt. Statt Fachkräften kommen viele ausländische Arbeitskräfte ohne oder mit nur sehr geringer Qualifikation, die sich im hoch spezialisierten Arbeitsmarkt in Deutschland nur für Hilfstätigkeiten eignen.

Die Bundesregierung holt ohne Prüfung der Qualifikation und Befähigung für den deutschen Arbeitsmarkt massenweise Migranten nach Deutschland, die hier niemals in den Arbeitsmarkt integriert werden können und lebenslang ein Fall für die Sozialkassen bleiben.

Wie kann diese Entwicklung gestoppt werden?

Ganz einfach: Deutschland braucht die grundlegende Bedingung, dass jeder Ausländer, der hier leben möchte, den Lebensunterhalt für sich und seine Familie selbst bestreiten muss, wenn er nicht zu den weniger als 1% der Asylbewerber gehört, die nach Artikel 16a Grundgesetz anerkannt werden.

# Warum es nicht reicht, wenn Scheuer geht

Der Klassiker geht so: Untersuchungsausschuss, Ministerrücktritt, erledigt. Wir kennen jetzt auch: U-Ausschuss, Ministerin geht nach Brüssel, Chuzpe hat gesiegt. Bei der Pkw-Maut würde man vielleicht sagen: U-Ausschuss, Ministerrücktritt, Bauernopfer erfolgreich!

Denn das hektische und aktionistische Handeln von Verkehrsminister Scheuer hat zwar mit zum Absturz des CSU-Lieblingsprojekts „Pkw-Maut“ geführt; hohe Schadenersatzzahlungen aus dem Steuertopf drohen.

Das eigentliche Problem ist aber viel älter. Schon der Koalitionsvertrag von 2013 enthält eine EU-rechtliche Unmöglichkeit. Der betreffende Text war Chefsache der damaligen Parteivorsitzenden Merkel, Seehofer und Gabriel. Im Untersuchungsausschuss wurde neben Seehofer schon der frühere Verkehrsminister Ramsauer als Zeuge gehört – mit diametral unterschiedlichen: Hat Merkel mit gezinkten Karten gespielt und auf das Scheitern des ihr verhassten Projekts gesetzt, wie Ramsauer sagte? Oder wollte sie das Projekt ernsthaft durchsetzen, wie Seehofer behauptete? Wenn der Bundestag das aufklären will, müssen auch Merkel und Gabriel in den Zeugenstand. So weit geht der Aufklärungswille aller anderen

Fraktionen aber nicht!

Stattdessen versuchten FDP, Grüne und Linke, Scheuer einer Lüge zu überführen. Hatte er bei einer Befragung im Bundestag verleugnet, dass die Firmen, die die Maut eintreiben sollten, einen späteren Abschluss ihres Vertrags vorgeschlagen hatten – nämlich nach dem Urteil des EuGH, das das Maut-Projekt schließlich stoppen sollte? Das hätte aus heutiger Sicht viel Steuergeld gerettet. Scheuer redete sich auf Erinnerungslücken heraus – peinlich, aber bislang erfolgreich. Und auf meine Fragen im U-Ausschuss kam heraus: die Firmen wollten mit ihrem Vorschlag kein Steuergeld retten, sondern noch mehr davon bekommen, denn der Minister hätte Zeit bekommen, im Haushalt draufzusatteln, so das Kalkül.

Zum Rücktritt kommt es wohl sowieso nicht mehr – inzwischen hat auch die SPD mit Scholz einen Minister im Visier eines U-Ausschusses in Sachen Wirecard. Da wird man sich gegenseitig nicht mehr wehtun bis zur Wahl. Und Scheuer wäre sowieso nur ein Bauernopfer – die eigentliche Frage bleibt: welches Spiel hat Merkel auf dem Rücken der Steuerzahler gespielt?

**Wolfgang Wiehle, MdB**

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

f /W.wiehle

www [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)

**Gefällt Ihnen unser  
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
**[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)**



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**